

T.D.

HESSISCHE BLÄTTER  
FÜR  
VOLKSBILDUNG

24.

JAHRGANG 1974

Herausgegeben vom Vorstand des Hessischen Volkshochschulverbandes.  
Verleger: Hessischer Volkshochschulverband, Frankfurt am Main, Winterbachstraße 38. Verantwortlicher Redakteur: Alfred Degen. Redaktionskonferenz: Prof. Dr. Günther Böhme, Alfred Degen, Dr. Ingeborg Hornstaiger, Prof. Dr. Gerd Kadelbach, Martin van de Rakt, Magdalene Reka, Hermann Schick, Prof. Dr. Johannes Weinberg, Frankfurt am Main, Winterbachstraße 38, Telefon 06 11 - 56 20 41 - 5. Verkaufspreis für Mitglieder des Hessischen Volkshochschulverbandes (außerhalb der kostenlosen Schlüsselzuweisung) 12 Mark im Jahr (ab 1975: 15 Mark); Verkaufspreis für Nichtmitglieder im Jahr 14 Mark (20 Mark, für Studenten 15 Mark). Die mit Namen oder Buchstaben gekennzeichneten Beiträge geben die Meinung des Verfassers und nicht unbedingt die der Redaktion oder des Herausgebers wieder. Druck: Druckerei Hugo Haßmüller, Frankfurt am Main.

## Zielgruppenarbeit als Mittel zur Demokratisierung der Volkshochschule

Barbara Degen-Zelazny

### 1. Warum Demokratisierung?

Die Volkshochschulen sind die größten Weiterbildungseinrichtungen in Hessen.<sup>1)</sup> Bereits im Jahre 1969 haben 811 000 Teilnehmer über 18 000 VHS-Veranstaltungen, davon 225 000 an Kursen mit durchschnittlich 14 Doppelstunden besucht. Inzwischen ist die Zahl der Kurse und Kursteilnehmer weiter gestiegen. 1973 wurden über 23 000 Kurse mit fast 380 000 Kursteilnehmern durchgeführt. Innerhalb der nichtkommerziellen Weiterbildungseinrichtungen erreichen die Volkshochschulen mit der Hälfte aller Bildungsveranstaltungen die Hälfte aller Teilnehmer, die in Hessen die Weiterbildungseinrichtungen besuchen.<sup>1a)</sup>

Die steigende Notwendigkeit und das wachsende Bedürfnis sich weiterzubilden, das sich in diesen Zahlen widerspiegelt, wirft immer dringender die Frage auf, wie die zunehmenden Interessen und Anforderungen der Bevölkerung an eine „demokratische Weiterbildungsinstitution Volkshochschule“ befriedigt werden können. Bisher ist die Volkshochschule dazu nur in geringem Umfang in der Lage:

1. Die materielle und personelle Ausstattung der Volkshochschulen, ihre Kapazitäten und die Finanzmittel, die ihr zur Verfügung stehen, entsprechen nicht den Anforderungen an ein leistungsfähiges Weiterbildungsangebot. Den Volkshochschulen stehen in Hessen lediglich 100 eigene Räume zur Verfügung. Sie sind in der Regel sachlich nicht so ausgestattet, daß sie Bildungsarbeit auf dem gegenwärtigen Stand der wissenschaftlich-technischen Entwicklung (Sprachlabors, naturwissenschaftlich-technische Grundausstattung) geleistet werden kann; die Räume, in denen sie arbeiten müssen, entsprechen oft nicht einmal den minimalsten Anforderungen an erwachsenengerechte Bildungsarbeit (Kinderstühle in Klassenzimmern). Völlig unzureichend ist auch der Personalbestand. Lediglich etwa 120 VHS-Leiter und pädagogische Mitarbeiter sind hauptberuflich für die Weiterbildungsarbeit in ganz Hessen verantwortlich.

2. Das Bildungsangebot ist weder flächendeckend, noch umfassend. Da es keine einheitlichen Lehrpläne und Lehrbücher gibt und da in den wenigsten Fächern anerkannte Abschlüsse vermittelt werden, entspricht das VHS-Angebot meist dem Zufallsprinzip. Da die Bildungsinhalte fachlich oft veraltet sind, können die Teilnehmer nicht immer damit rechnen, daß die Volkshochschule für sie verwertbare, wissenschaftlich-überprüfte Bildungsinhalte bietet. Selbst dort, wo (wie in Zertifikatskursen) das Angebot vereinheitlicht und Abschlüsse angeboten werden, entsprechen die Kursinhalte nicht immer den Interessen der Teilnehmer. Es fehlen weitgehend die Bildungsgehalte, die die Arbeits- und Lebenssituation der Teilnehmer und ihre Veränderung zum Inhalt haben. Wenn auch das Land Hessen 1974 rund 15 Millionen Mark für die Volkshochschulen ausgibt, so scheint diese Summe für sich betrachtet sicher hoch; in Relation aber zum primären, sekundären und tertiären Bildungssektor — also zur Schule und Hochschule —, sieht diese Summe ganz anders aus. Der quartäre Bildungsbereich müßte aber gleichwertig ausgebaut werden.<sup>2a)</sup>

3. Sowohl haupt- als auch nebenberufliche Mitarbeiter sind im allgemeinen nicht speziell für die Bildungsarbeit mit Erwachsenen qualifiziert, insbesondere fehlen ihnen pädagogische Kenntnisse über das Lernen mit Erwachsenen und das neueste Fachwissen.

4. Die innere Struktur und die Organisationsformen der Volkshochschulen (wie erst recht aller anderen Weiterbildungseinrichtungen) ermöglichen weder den haupt- und nebenberuflichen Mitarbeitern, noch den Teilnehmer, an dem Umfang, der Art der Veranstaltungen, den Bildungsinhalten der Kurse und ihren Methoden mitzuwirken<sup>3)</sup>. Eine Kontrolle des Bildungsangebots und die Mitbestimmung der Mitarbeiter und Teilnehmer findet nicht statt.

5. Die Teilnehmer müssen fast alle Veranstaltungen außerhalb der Arbeitszeit besuchen und einen erheblichen Teil der Kosten tragen<sup>3)</sup>. Einen Bildungsurlaub für Erwachsene gibt es nicht. Lange Wegstrecken, Anmeldeverfahren und Kursmethoden, die nicht erwachsenengerecht sind, erschweren zusätzlich den Besuch der Volkshochschule. Die Organisationsform der Volkshochschule setzt bereits ein beachtliches Orientierungsvermögen und eine Weiterbildungsbereitschaft voraus, die besonders die unqualifizierten Arbeiter und Angestellten nicht mitbringen. Zwar sind die ganz überwiegende Mehrzahl der VHS-Teilnehmer „Lohnabhängige“<sup>4)</sup>, von diesen Lohnabhängigen sind jedoch bestimmte Gruppen, nämlich die Industriearbeiter und die unteren Angestelltengruppen, an der Volkshochschule erheblich unterrepräsentiert.<sup>5)</sup> Die Volkshochschule ist die Weiterbildungseinrichtung für eine kleine Obergruppe der Industriearbeiter und für mittlere, gehobene und höhere Angestellte und Beamte. Es gibt einen direkten Zusammenhang zwischen dem Ausbildungsstand und der Teilnahme an Weiterbildungsveranstaltungen.<sup>6)</sup> Nach Zahlen der Frankfurter Volkshochschule ist die drop-out-Quote bei ungelernten Arbeitern zweieinhalbmal höher als beim Durchschnitt aller Hörer. Von dem Selektionsprozeß, der verhindert, daß der größte Teil der Industriearbeiter und unteren Angestellten an den VHS-Veranstaltungen teilnimmt und dem innerhalb der Kurse stattfindenden Ausleseverfahren sind bestimmte Gruppen besonders hart betroffen: Ausländer, Arbeiter und Angestellte ohne Hauptschulabschluß und ohne Berufsausbildung, berufstätige Frauen, Schichtarbeiter und Arbeiter, Angestellte und Landwirte in ländlichen Bereichen. Obwohl die Volkshochschule keine formalen Zugangsvoraussetzungen und Aufnahmeprüfungen kennt und obwohl sie nach § 3 des Hessischen Volkshoch-

schulgesetzes „jedermann offen steht“, setzen sich in der Volkshochschule ebenso wie in den anderen Bildungsbereichen Bildungsprivilegien durch. Da besonders die Arbeiter und Angestellten mit geringem Ausbildungsgrad von Arbeitslosigkeit bedroht sind<sup>7)</sup>, verschärft die fehlende Chancengleichheit an den Volkshochschulen die soziale Unsicherheit: Gerade die, die durch spätere Weiterbildungsmaßnahmen die Möglichkeit haben müßten, Wissen aufzuholen und vorhandenes Wissen auf den neuesten Stand zu bringen, werden von der Volkshochschule nicht erreicht.

## 2. Zielgruppenarbeit als Mittel zur Demokratisierung

Seit einigen Jahren wird innerhalb der Volkshochschulen diskutiert, inwieweit eine Arbeit mit „Zielgruppen“ in der Lage ist, einige der schwersten Mängel im Weiterbildungsbereich, insbesondere das Problem der fehlenden Chancengleichheit zu lösen. Nach anfänglichem Zögern spricht sich inzwischen auch das Handbuch des Deutschen Volkshochschul-Verbandes<sup>8)</sup> positiv zur Volkshochschularbeit mit Zielgruppen aus. Einige hessischen Volkshochschulen gehen mehr und mehr dazu über, in ihrem Kursprogramm die Zielgruppen mit aufzunehmen.<sup>9)</sup> Von der Arbeit mit Zielgruppen verspricht man sich im wesentlichen zwei Vorteile: Erstens sollen Teilnehmerschichten angesprochen werden, die bisher an der Volkshochschule unterrepräsentiert sind, zum anderen soll das Volkshochschulangebot „effektiver“ werden. Da im allgemeinen in Volkshochschulkursen — so wird argumentiert — das Bildungsniveau, die Herkunft und die Erfahrungen der Teilnehmer sehr unterschiedlich sind, können homogene Gruppen dazu beitragen, daß der Lernerfolg größer wird. Dazu schreibt das Handbuch des DVV: „Es lernt sich besser, wenn in der Lerngruppe der Bezugsrahmen der Alltagsgruppe nicht gewechselt zu werden braucht und wenn der Lernprozeß nicht „organisiert“ wird, sondern wenn er sich aus der Situation heraus entwickelt, wenn Motivationen durch die Realität und nicht durch Bildungsaufträge ausgelöst werden. Dies gilt insbesondere für Bevölkerungsgruppen, die auf Grund der gesellschafts- und bildungspolitischen Strukturen wenig Möglichkeiten zum Lerntraining gehabt haben.“

Bisher ist das, was Volkshochschulen unter Zielgruppenarbeit verstehen, so gut wie überhaupt noch nicht geklärt.

So wird z. B. als Zielgruppenarbeit bezeichnet:

- wenn Kurse bestimmte Zugangsvoraussetzungen aufstellen und damit den potentiellen Kreis der Teilnehmer einschränken, wie es z. B. bei den durch das Arbeitsamt geförderten beruflichen Kursen der Fall ist, die eine bestimmte Berufsausbildung und Berufspraxis voraussetzen,
- wenn Kurse sich im beruflichen Bereich an eine bestimmte Gruppe wenden (z. B. kaufmännisches Rechnen für Lehrlinge, Ausbildung der Ausbilder, Bauzeichnen für Bauarbeiter),
- wenn Kurse angeboten werden, die zum Ziel haben, besonders benachteiligte Gruppen im Rahmen der beruflichen oder politischen Bildung gezielt anzusprechen und zu qualifizieren (Kurse für Strafgefangene, Probleme der Behinderten, Qualifizierungslehrgänge für arbeitslose Jugendliche, Ausländerkurse, Vorbereitung auf den Hauptschulabschluß, Vorbereitung auf eine

Bürotätigkeit für nicht-berufstätige Frauen, Probleme des Berufsbildungsgesetzes für Lehrlinge),

- wenn innerhalb der allgemeinen Kursankündigung definiert wird, für wen der Kurs in erster Linie gedacht ist (z. B. „Ausgleichsgymnastik für die, die ihren Beruf stehend ausüben müssen“, „Malkurs für Kinder oder Jugendliche“, „Mengenlehre für Eltern des 1. Schuljahres“, Landwirtschaftsforum, Betriebswirtschaft für Kleinbetriebe, Frauenforum, Informationen für Ausländer, Jugendforum, Kommunalpolitik für neugewählte Kommunalpolitiker, Mietprobleme, Elternrechte),
- wenn der Kurs von vornherein für eine bestimmte Gruppe geplant wird (Deutsch für Ausländer der Fa. X, Erziehungsfragen für Eltern des Kindergartens in X, Seminar für Mitarbeiter der Volkshochschule, Gruppendynamik für Leiter von Jugendgruppen, Tagesseminare für Berufsschulvertreter, Seminar für Kriegsdienstverweigerer, Seminar für Elternbeiräte eines Kreises u. ä.).

All diesen Kursen liegt zugrunde, daß die Kursteilnehmer von vornherein bestimmte gemeinsame Erfahrungen oder/und einen ähnlichen Ausbildungsstand haben.

Daß die Volkshochschulen immer mehr zu Kursangeboten für mehr oder minder homogene Gruppen übergehen, sagt allerdings noch nichts darüber aus, inwieweit solche Kurse tatsächlich zur Demokratisierung der Volkshochschule beitragen. Die wachsenden Anforderungen der Wirtschaft nach flexiblen und mobilen Arbeitskräften, die schnell auf technische und organisatorische Veränderungen reagieren und ihr Wissen neu anpassen, die immer sichtbarer werdenden Mängel der primären Ausbildung, die sich im Berufsleben als empfindliche Bildungslücken herausstellen, und die zunehmende Sorge über die Sicherheit der Arbeitsplätze, die immer mehr Arbeiter und Angestellte dazu zwingen, sich frühzeitig um Weiterbildungsmaßnahmen zu kümmern, veranlaßt die Volkshochschulen — bei ihrer eingeschränkten Finanzlage — ihre Aufgaben „gezielter“ und „effektiver“ zu leisten. Zielgruppenarbeit aber, die lediglich der schnelleren und reibungsloseren Anpassung an strukturelle Prozesse dient, die Lückenbüßerfunktion für Mängel im Bildungssystem hat oder die sich als „Feuerwehr“ versteht, wenn sich politischer Widerstand regt (so werden vielfach dort, wo Eltern über die Kindergarten- oder die Schulsituation unzufrieden sind, Elternkurse mit dem Ziel eingerichtet, die Diskussion zu „verschlichten“) hat mit dem angestrebten Ziel, die Volkshochschule zu demokratisieren, nichts zu tun.

Die Gewerkschaften haben wiederholt festgestellt, welche Anforderungen an eine Demokratisierung der einzelnen Bildungsbereiche zu stellen sind. Dazu gehört einmal der Ausbau des Bildungssystems, seine Vereinheitlichung und Durchlässigkeit und differenzierte Angebote im Interesse der arbeitenden Bevölkerung und zum anderen die Veränderung der Bildungsinhalte und die Mitbestimmung der Betroffenen und der Gewerkschaften.<sup>10)</sup> „Weiterbildung ist immer auch politische Bildung“ heißt es in den bildungspolitischen Forderungen des DGB. Der DGB hat sich daher wiederholt für die Integration beruflicher und politischer Bildung ausgesprochen und fordert, „daß Lernen ansetzen soll, bei den konkreten, sozialen Erfahrungsbereichen der Lernenden; Probleme des Arbeits-

platzes, Probleme der industriellen und sozialen Umwelt sollen handlungsorientiert erarbeitet werden.“<sup>11)</sup> Bildung, die Veränderungen im Interesse der Lohnabhängigen durchsetzen soll, ist „nicht Herrschaftsmittel, sondern Instrument der Befreiung von Herrschaft und der Entfaltung der schöpferischen Fähigkeiten aller Menschen.“<sup>12)</sup>

Demokratisierung im Bildungswesen setzt also immer den engen Zusammenhang zwischen dem Ausbau eines umfassenden, einheitlichen, im Interesse der arbeitenden Bevölkerung differenzierenden Bildungsangebots, der Veränderung der Bildungsinhalte und der Mitbestimmung der Betroffenen und der Gewerkschaften voraus. Zielgruppenarbeit, die diesen Vorstellungen entspricht, muß

- zur Chancengleichheit der arbeitenden Bevölkerung beitragen.  
Deshalb sind Manager, obwohl sie gemeinsame Erfahrungen haben, keine geeigneten Zielgruppen der Volkshochschule.
- nicht nur als methodisches Prinzip verstanden werden, als „Trick“, um mehr Arbeiter an die Volkshochschule zu locken, sondern ihren Interessen tatsächlich gerecht werden,
- als ein Aspekt der Demokratisierung gesehen werden, der nur im Zusammenhang mit einer Veränderung des gesamten Weiterbildungssystems im Interesse der arbeitenden Bevölkerung wirksam wird.

### 3. Möglichkeiten und Grenzen der Zielgruppenarbeit an Volkshochschulen

Die bisherigen Erfahrungen mit Zielgruppenarbeit an Hessischen Volkshochschulen haben gezeigt, daß ein differenziertes Angebot für bestimmte, an der Volkshochschule unterrepräsentierte Gruppen tatsächlich — zumindest in bescheidenem Umfang — zu einer Veränderung der Teilnehmerstruktur führen kann. Als Beispiel sei hier die Frankfurter Volkshochschule erwähnt, der es in ihrer Ausländerarbeit gelungen ist, zwischen 1970 und 1973 die Zahl der ausländischen Kursteilnehmer fast zu verdreifachen. Allerdings zeigen gerade diese Erfahrungen, daß allein das formale Angebot an eine Zielgruppe nicht ausreicht. Ausländer sind in besonders starkem Umfang von dem Weiterbildungsangebot ausgeschlossen. Die ausländischen Arbeiter sind in der Regel schlechter ausgebildet, sie arbeiten oft im Schichtdienst und sie verstehen die deutsche Sprache zu wenig, um überhaupt ein Programmheft lesen zu können. Da sie viel Überstunden machen, haben sie oft für Weiterbildungsveranstaltungen keine Zeit und können dafür auch nicht viel Geld erübrigen. Ihre Wohnsituation verhindert meistens, daß sie intensiv lernen können. Die Diskriminierung innerhalb der Gesellschaft bewirkt zusätzlich, daß sie sich in ihnen fremden Gruppen und in fremden Institutionen, wie sie die Volkshochschule darstellt, nicht zurecht finden und nicht akzeptiert fühlen. Ein gezieltes Angebot, das alle diese Bedingungen berücksichtigt, muß also in erster Linie versuchen, diese hemmenden Faktoren zu beseitigen. Die Kurszeiten müssen an die Arbeitsbedingungen angepaßt und möglichst in die Arbeitszeit verlegt werden. Ausländer kommen nicht zur Volkshochschule, also muß die Volkshochschule die Arbeiter im Betrieb erreichen, Kurse mit Dolmetschern — in der Landessprache anbieten und fremdsprachige Ankündigungen entwickeln. Um die Bildungsinhalte den Interessen der Teil-

nehmer anzupassen, ist die Frankfurter Volkshochschule dazu übergegangen, soziale und politische Informationen in die Sprachkurse mitaufzunehmen, um so die Gesamtsituation und ihre Veränderungsmöglichkeiten in den Kursen mitzudiskutieren. Auch die Kursmethoden müssen in besonderem Maße entwickelt werden. Viele Ausländer sind Analphabeten, so daß die herkömmlichen Unterrichtsmethoden versagen. In der Methodik muß vor allem auch die starke berufliche Anspannung berücksichtigt werden. Um die besondere Arbeits- und Lebenssituation der Ausländer kennenzulernen und um ihre Probleme und Schwierigkeiten zu verstehen, sind enge Kontakte mit ihren demokratischen Organisationen, insbesondere den gewerkschaftlichen Organisationen notwendig.

Ähnliche Probleme stellen sich immer dann, wenn die Volkshochschulen gezielt im Interesse der arbeitenden Bevölkerung ihre Arbeit anlegen. Fortbildungslehrgänge für Kindergärtnerinnen sind in der Regel nur während der Arbeitszeit möglich. Kurse für nicht-berufstätige Hausfrauen müssen tagsüber mit Kinderbetreuung durchgeführt werden. Kurse für Ältere dürfen diese nicht zu „altersschwachen Konsumenten“ degradieren, sondern es müssen Bildungsinhalte entwickelt werden, die die Persönlichkeit, die Erfahrungen und die Handlungsmöglichkeiten mitberücksichtigen. Kurse für Lehrlinge oder für gewerkschaftliche Vertrauensleute sind sinnlos — und werden auch sofort boykottiert — wenn die Kursinhalte nicht an den Erfahrungen anknüpfen und Veränderungs- und Handlungsstrategien zur Verbesserung der Situation beinhalten.

Eine Zielgruppenarbeit, die die Erfahrungen und die Interessen der Teilnehmer miteinbezieht, kann in mehrfacher Hinsicht einen wichtigen Beitrag zur Demokratisierung leisten:

1. Durch differenzierte Lernangebote können Mängel des fachlichen und des gesellschafts-politischen Wissens eher beseitigt werden. Das Lernen wird für die erleichtert, die bisher keine oder wenig Lernmotivation entwickeln konnten. Dazu trägt nicht nur die den Teilnehmer eher vertraute Gruppensituation mit bei. Wichtiger ist, daß die gemeinsamen Erfahrungen der Teilnehmer einen entscheidenden Ausgangspunkt bilden für die Verbindung von theoretischen Fragestellungen und praktischen Erfahrungen. Sie erleichtern damit die Einsicht in die Notwendigkeit, sich theoretische Kenntnisse anzueignen. Auch die Möglichkeit, Lernprozesse selbst zu organisieren wird gefördert.

2. „Kritik- und Handlungsfähigkeit der Teilnehmer und ihre Erziehung zur Solidarität und Kooperation“<sup>13)</sup> ist in Kursen, die auf gemeinsamen Erfahrungen aufbauen, eher zu entwickeln. Das gilt vor allem dann, wenn die Teilnehmer gemeinsame — außerhalb der Volkshochschule liegende — Probleme haben, die gelöst werden sollen. Wenn beispielsweise Lehrlinge aus einem Betrieb in einem Kurs die Einhaltung des Berufsbildungs- und des Jugendarbeitsschutzgesetzes diskutieren und fordern oder aber ein Kurs über Erziehungsfragen sich aus Eltern eines gerade in der Planung befindlichen Kindergartens zusammensetzt, liegt die Verbindung zur praktischen politischen Arbeit nahe. Eines der Haupthindernisse für die Demokratisierung der Volkshochschule ist, daß der Zugang zu ihren Kursen individuell geschieht und in der Regel noch verbunden ist, mit Illusionen über den sozialen Aufstieg. Gemeinsame Erfahrungen und eine gewisse Gruppenzugehörigkeit der Teilnehmer können dazu beitragen, daß die Teilneh-

mer realitätsgerechter werden und die Notwendigkeit, sich gemeinsam für ihre Interessen einzusetzen, eher begreifen.

Die Integration beruflicher und politischer Bildung wird durch homogenere Teilnehmergruppen erleichtert.

3. Kurse mit Zielgruppen können die Mitbestimmung der Teilnehmer an Kursinhalten und Kursmethoden vorantreiben. Kritik ist leichter, wenn sie auf gemeinsamen und nicht nur auf individuellen Erfahrungen beruht und wenn eine Gruppe Veränderungen gemeinsam durchsetzen kann. Das gilt vor allem dann, wenn — wie es wünschenswert wäre — die Teilnehmer von vornherein in die Planung der Kurse miteinbezogen werden.

Wie alle demokratischen Veränderungen im Bildungsbereich werden auch diese Vorstellungen über die Zielgruppenarbeit an der Volkshochschule nur gegen den Widerstand derjenigen durchgesetzt, die ihre Privilegien dadurch gefährdet sehen. Zwar findet — das wurde bereits dargestellt — der Gedanke, daß die Volkshochschule gezielter arbeiten soll, immer mehr Verbreitung. Ob es der Volkshochschule tatsächlich gelingt, Bildungsprivilegien zu beseitigen, Bildungsinhalte zu verändern und die Teilnehmer zur gewerkschaftlichen Solidarität zu erziehen, hängt entscheidend davon ab, mit welchen gesellschaftlichen Kräften eine Demokratisierung in diesem Bereich durchgesetzt wird.

Bisher verhindern die institutionellen Bedingungen eine derartige Arbeit weitgehend. Das beginnt bei den Finanzmitteln, die für eine solche Arbeit nicht zur Verfügung stehen und die größer sind, als im „normalen“ Volkshochschulbereich (Entwickeln von differenzierten Curricula, Teamprinzip, intensive Kontakte und Arbeiten zur Vorbereitung). Organisationsstrukturen und Planungsverfahren erschweren die Arbeit. Die Richtlinien zum VHS-Gesetz und seine Abrechnungsmodalitäten sind ebenso wie der Zwang, lange vorher zu planen und die Veröffentlichungs- und Werbungsmöglichkeiten für die Arbeit mit Zielgruppen wenig geeignet.

Das Haupthindernis bildet der Anspruch an die Volkshochschule „neutral und pluralistisch“ zu sein, der vielfach nur dazu dient, den Status quo zu verteidigen.

Durch diese „Neutralität“ soll vor allem verhindert werden, daß sich Teilnehmer mit ihren eigenen Interessen beschäftigen können.

Ein besonderer Druck wird auf die Volkshochschule dann ausgeübt, wenn sich aus den Kursen gewerkschaftliche und politische Aktivitäten entwickeln, also dann, wenn mit der gewerkschaftlichen Forderung der Entwicklung von „Handlungsfähigkeit und Solidarität“ ernst gemacht wird.

Die Volkshochschulen können diesen Schwierigkeiten nur begegnen, wenn sie eng mit den Kräften zusammenarbeiten, die an einer Demokratisierung der Weiterbildung interessiert sind, also in erster Linie mit den Gewerkschaften.

Eine derartige enge Zusammenarbeit mit den Betroffenen und den Gewerkschaften ist auch deshalb notwendig, damit erreichte Erfolge nicht wieder rückgängig gemacht werden.

Trotz der hier angedeuteten Schwierigkeiten haben die hessischen Volkshochschulen in ihrer Mitgliederversammlung am 23. November 1973 in Kassel ein

eindeutiges Votum für die Arbeit mit Zielgruppen abgegeben und dabei insbesondere den Zusammenhang mit der notwendigen Veränderung der Bildungsinhalte, der engen Kooperation mit den Gewerkschaften und der Mitbestimmung von Mitarbeitern und Teilnehmern betont.

Die Grundsätze der „Synthese beruflicher und politischer Bildung“ sollten ebenso wie die Möglichkeit, die § 3 Abs. 1 des Hess. Volkshochschulgesetzes bietet: „Das Recht, Sonderveranstaltungen für Teilnehmer mit bestimmter Vorbildung durchzuführen, bleibt unberührt“, genutzt werden, um die Volkshochschule zu dem zu machen, was sie ihrem Anspruch nach ist: eine demokratische Weiterbildungseinrichtung.

#### Anmerkungen:

- 1) Die folgenden Zahlen stammen aus: Feidel-Mertz, Untersuchung über die Bildungsarbeit der Träger der Erwachsenenbildung in Hessen, unveröffentl. Manuskript 1973, und beziehen sich auf 1969.
- 1a) Eine eindrucksvolle Ergänzung zur Feidel-Mertz-Untersuchung stellt die Dokumentation „Volkshochschularbeit in Hessen 1969-72“, Hessischer Volkshochschulverband Frankfurt (1973), dar.
- 2) Vgl. Weber, Umfrage an großstädtischen Volkshochschulen und Westberlins in Angelegenheiten der Mitbestimmung, Hess. Blätter für Volksbildung 4/1971, S. 290.
- 2a) Im Einzelplan 04 (Kultusminister) des hessischen Haushalts 1973/74 sind für 1974 (ohne Nachtrag) ausgewiesen:  
— rund 1 300 Millionen Mark für Schulen,  
— rund 600 Millionen Mark für Hochschulen,  
Relation Schulen : Hochschulen : Volkshochschulen also gleich 86 : 42 : 1 !
- 3) 1972 haben die Teilnehmer 42 % der gesamten Kosten für die Volkshochschule aufgebracht, Mitteilungen der Pädagogischen Arbeitsstelle des DVV Nr. 24, April 1974.
- 4) Die Führungskräfte in Wirtschaft, Staat und gesellschaftlich-relevanten Institutionen haben in Managerschulen, Akademien u. ä. Institutionen ihre eigenen Weiterbildungseinrichtungen.
- 5) Vgl. insbesondere das Gutachten des DVV, Warum kommen wenig Industriearbeiter in die Volkshochschule?, 1964, und Strzelewicz/Raapke/Schulenberg, Bildung und gesellschaftliches Bewußtsein, Stuttgart 1966.
- 6) Siehe insbes. die Untersuchung der VHS Marburg über den Zusammenhang zwischen Schulabschlüssen und Teilnahme an VHS-Kursen in „Dokumentation in Hessen über die VHS-Arbeit 1969—1972“, hrsg. vom Hess. Volkshochschulverband.
- 7) Von je 100 Arbeitslosen waren im September 1973 52 ohne Berufsausbildung, Blick durch die Wirtschaft, 8. 2. 1974.
- 8) Die Volkshochschule. Handbuch für die Praxis der VHS-Leiter und -Mitarbeiter. Loseblatt-Sammlung. 2 Bde. Hg. v. d. Pädagogischen Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschul-Verbandes, Bonn 1968 ff., Nr. 53.100, „Zielgruppenarbeit“, März 1972.
- 9) Vgl. Programm der VHS Frankfurt 1973/74 und insbesondere das Programm der Volkshochschule des Landkreises Hanau „Bild' Dich“, 1. Semester 1974.
- 10) Siehe Bildungspolitische Forderungen des DGB vom 7. 3. 1972.
- 11) Bildungspolitische Konferenz des DGB vom 6. — 8. 11. 1973 in Essen.
- 12) Heinz-Oskar Vetter, Grußwort zur bildungspolitischen Konferenz.
- 13) Forderung von Heinz-Oskar Vetter im Grußwort zum bildungspolitischen Kongreß '73 des DGB.

D 3714 F

# Hessische Blätter für Volksbildung

FRANKFURT A. M. · JANUAR-FEBRUAR-MÄRZ

1 | 1974

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Rudi Rohlmann: Zur Problematik eines hessischen Erwachsenenbildungsgesetzes	1
Gerd Kadelbach: Zum Abschlußbericht der Planungskommission für das hessische Erwachsenenbildungsgesetz	6
Klaus Senzky: Die Volkshochschulen aus der Sicht der Kommunalverwaltung	11
Detlef Bischoff: Perspektiven der Berliner Erwachsenenbildung	19
Hans Joachim Vogt: Wie wichtig sind uns Bibliotheken?	29
Gert Lütgert: Zum Projekt eines Jugendbildungsgesetzes	36
UNIVERSITÄRE ERWACHSENENBILDUNG	
Michael Kochs: Zum Problem der Zielgruppenbestimmung im Kontaktstudium	42
BERICHTE	
Waldemar J. Sznajder: Das polnische Fortbildungssystem für Erwachsene	49
BERICHTE AUS DER PRAXIS	
Ulrich Corinth: Modell eines integrierten Lehrgangs Naturwissenschaften in der Erwachsenenbildung	56
NACHRICHTEN	
KRITIK	

Diesem Heft liegt das Inhaltsverzeichnis für den Jahrgang 1973 bei.

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt BHW, Hameln — Gemeinnützige Bausparkasse für alle im öffentlichen Dienst — bei. Wir empfehlen diese Beilage der Aufmerksamkeit unserer Leser.

Herausgegeben vom Vorstand des Hessischen Volkshochschulverbandes.  
Verleger: Hessischer Volkshochschulverband, 6 Frankfurt 1, Winterbachstraße 38.  
Verantwortlicher Redakteur: Alfred Degen.  
Redaktion: Prof. Dr. Günther Böhme, Dr. Ingeborg Horn-Staiger, Prof. Dr. Gerd Kadelbach, Martin van de Rakt, Magdalene Reka, Hermann Schick, Prof. Dr. Johannes Weinberg, Frankfurt am Main, Winterbachstraße 38, Telefon 06 11 - 56 20 41 - 5.  
Verkaufspreis für Mitglieder des Hessischen Volkshochschulverbandes (außerhalb der kostenlosen Schlüsselzuweisung) 12 Mark im Jahr; Verkaufspreis für Nichtmitglieder im Jahr 14 Mark.  
Die mit Namen oder Buchstaben gekennzeichneten Beiträge geben die Meinung des Verfassers und nicht unbedingt die der Redaktion oder des Herausgebers wieder.  
Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 7 gültig.  
Druck: Hugo Haßmüller, 6 Frankfurt 56, Berner Straße 12.

## Zur Problematik eines hessischen Erwachsenenbildungsgesetzes

Rudi Rohlmann

„Es ist notwendig, die institutionalisierte Weiterbildung als einen ergänzenden nachschulischen, umfassenden Bildungsbereich einzurichten. Weiterbildung als Fortsetzung oder Wiederaufnahme früheren organisierten Lernens bildet mit vorschulischen und schulischen Lernprozessen ein zusammenhängendes Ganzes.“<sup>1)</sup>

Diese im Strukturplan der Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates im Jahre 1970 aufgestellte Forderung findet in der öffentlichen Diskussion allgemeine Anerkennung. Ungeklärt ist das Problem, wie denn die Weiterbildung strukturiert, das heißt, wie die Organisation und die Mittelvergabe für den vierten Hauptbereich des Bildungswesens gestaltet werden sollen.

Es wird beklagt, daß die Vielzahl der Träger der Weiterbildung und die Vielseitigkeit des Angebots Ursache für die unbefriedigende Gesamtsituation sei.<sup>2)</sup> Oder man spricht von einem „Wildwuchs von vielfach sich durchkreuzenden Unternehmungen, in denen jede Gruppe, so gut wie es eben gehen mag, zu helfen versucht, ohne Übersicht über das Ganze zu besitzen oder auch nur anzustreben . . .“ und zieht darauf die Schlußfolgerung, daß „die verfügbaren Ressourcen an Geld, an Einrichtungen und an Menschen vielfach unökonomisch verwendet werden.“<sup>3)</sup>

In einer solchen Situation besteht die Gefahr, daß sich die Planung und die Gesetzgebung für den Bereich der Weiterbildung an den vorhandenen Institutionen und Verbänden orientieren und nicht an den Bedürfnissen und Interessen der potentiellen Teilnehmer. Das Land Hessen ist dieser möglichen Fehlentwicklung dadurch begegnet, daß es mit dem VHS-Gesetz vom 12. 5. 1970 als einen ersten Schritt der gesetzlichen Regelung des Weiterbildungsbereichs die Aufgaben, Grundsätze und Trägerschaft von Volkshochschulen, Heimvolkshochschulen und Bildungszentren als Teile des öffentlichen Bildungswesens festlegte und die Finanzierung durch Landeszuschüsse sicherstellte.

Mit der Verpflichtung von Landkreisen und kreisfreien Städten zur Errichtung und Unterhaltung von Volkshochschulen sollte eine Verringerung des Bildungsgefälles zwischen Verdichtungsgebieten und weniger dicht besiedelten Gebieten

D 3714 F

# Hessische Blätter für Volksbildung

FRANKFURT A. M. · APRIL-MAI-JUNI

2

1974



INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Alfred Degen: Stadtteilbezogene Volkshochschularbeit	85
Helga Faßbinder: Bürgerinitiativen zwischen Wohnbereich und Betrieb	93
Gerd Iben: Rolle der Sozialarbeit in Stadtplanung und Stadtentwicklung	96
Maria Spengler: Wie können stadtteilbezogene Aktionsgruppen und Erwachsenenbildung voneinander lernen?	109
Leo Schwegel: Notwendigkeit und Problematik einer Stadtteilverkshochschule — dargestellt am Beispiel der VHS Frankfurt-Höchst	116
Hildegard Feidel-Mertz: Thesen zum Verhältnis von Theorie und Praxis in der Ausbildung für stadtteilbezogene Volkshochschularbeit	121
<b>BERICHTE — KOMMENTARE — DOKUMENTE</b>	
Hilmar Hoffmann: Volkshochschule als öffentliche Weiterbildung	127
Margit Marsalkova und Marketa Todlova: Wohnen in Prag	137
VHS-Bildungszentrum	147
VHS-Organisation in hessischen Stadt- und Landkreisen	158
Hessischer Volkshochschulverband: Synthese beruflicher und politischer Bildung	161
<b>UNIVERSITÄRE ERWACHSENENBILDUNG</b>	
Wolfgang König: Einordnung des Kontaktstudiums in den Zusammenhang der aktuellen staatlichen Studienreformpläne	164
<b>BERICHTE AUS DER PRAXIS</b>	
Otto Polemann: Der Leser als Schreiber	174
<b>NACHRICHTEN</b>	
<b>KRITIK</b>	
<b>BRIEFE UND ZITATE</b>	

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Pädex-Verlages bei. Es wird damit zum Abonnement für die Zeitschrift „päd. extra“ (Magazin für Erziehung, Wissenschaft und Politik) eingeladen. Die kostenlose Nachlieferung des päd. extra-Lexikons erfolgt übrigens nicht nur bis zum 1. Mai, sondern bis zum 1. Juli!

Herausgegeben vom Vorstand des Hessischen Volkshochschulverbandes.

Verleger: Hessischer Volkshochschulverband, 6 Frankfurt 1, Winterbachstraße 38.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Degen.

Redaktion: Prof. Dr. Günther Böhme, Dr. Ingeborg Horn-Staiger, Prof. Dr. Gerd Kadelbach, Martin van de Rakt, Magdalene Reka, Hermann Schick, Prof. Dr. Johannes Weinberg, Frankfurt am Main, Winterbachstraße 38, Telefon 06 11 - 56 20 41 - 5.

Verkaufspreis für Mitglieder des Hessischen Volkshochschulverbandes (außerhalb der kostenlosen Schlüsselzuweisung) 12 Mark im Jahr; Verkaufspreis für Nichtmitglieder im Jahr 14 Mark.

Die mit Namen oder Buchstaben gekennzeichneten Beiträge geben die Meinung des Verfassers und nicht unbedingt die der Redaktion oder des Herausgebers wieder.

Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 7 gültig.

Druck: Hugo Haßmüller, 6 Frankfurt 56, Berner Straße 12.

## Stadtteilbezogene Volkshochschularbeit

Alfred Degen

### I.

Unter stadtteilbezogener Volkshochschularbeit wird verschiedenerlei verstanden. Die Institutionalisierung, die sich im Begriff stadtteilbezogener Volkshochschularbeit ausdrückt, schließt einen Prozeß ab, der in den letzten fünf bis sechs Jahren ablief. Zwei Komponenten fließen hier hauptsächlich zusammen, — einmal die ‚Stadtteilarbeit‘ zahlreicher linker Gruppen, voran der Jungsozialisten<sup>1)</sup>, und zum anderen eine innerstädtische Regionalisierung des Volkshochschulangebots.

Stadtteilarbeit in dem hier verstandenen Sinn bedeutet etwas anderes als die Aktivitäten herkömmlicher Bürgerinitiativen. In diesen geht es in der Regel um die Beseitigung irgendeines aktuellen Mißstandes. Die Lösung derartiger Probleme bringt dann oft auch die Auflösung solcher Bürgerinitiativen mit sich. Erst in den letzten Jahren haben sich Bürgerinitiativen als „Schritte zur Veränderung“<sup>2)</sup> und zwar zur gesellschaftlichen Veränderung verstanden. Stadtteilarbeit wird von Gruppen gemacht, denen es im Gegensatz zu unpolitischen Bürgerinitiativen um kontinuierliche Arbeit in einem Stadtteil *mit* der Bevölkerung geht, und dabei nicht allein um Beseitigung von aktuellen Mängeln, sondern um grundsätzliche Veränderung der gesellschaftlichen Ursachen dieser Mängel. Angestrebt wird außerdem eine Arbeit mit der Bevölkerung, also nicht „nur“ stellvertretend *für* sie. Auf den Komplex der ‚Anwaltsplanung‘, wie sie von Davidoff<sup>3)</sup> entwickelt wurde, gehen kritisch oder beschreibend H. Faßbinder<sup>4)</sup>, L. R. Peatty<sup>5)</sup> und G. Iben<sup>6)</sup> ein. Stadtteilgruppen versuchen, die Bevölkerung eines Stadtteils politisch zu mobilisieren, das heißt sie in die Lage zu versetzen, ihre Situation, die politischen und ökonomischen Ursachen dieser Situation, zu erkennen und — in Selbstorganisation — zu verändern. Extreme Gruppen suchen letzteres ohne die Parteien (oder unter Bekämpfung der Parteien), ohne die kommunale Verwaltung und ohne die parlamentarischen Möglichkeiten durchzusetzen. Eine eher konformistische Position bei den Bürgerinitiativen ist mit dem Begriff ‚Partizipation‘ umschrieben und etwa so definiert: Partizipation „leitet sich von dem Wort ‚Partner‘ ab, und beinhaltet damit eine mitverantwortliche und verpflichtende Teil-

D 3714 F

# Hessische Blätter für Volksbildung

FRANKFURT A. M. · JULI - AUGUST - SEPTEMBER

3

1974

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Alfred Degen: Zielgruppenarbeit	197
Barbara Degen-Zelazny: Möglichkeiten der Zielgruppenarbeit für eine Demokratisierung der Volkshochschule	198
Edgar Weick: Die Volkshochschule — auf der Suche nach einer gesicherten Funktion	206
Horst v. Gizycki: Wege zur Befreiung. Thesen über erweiterte Strategien politischer Bildung	211
Kristine von Soden: Ein Modell-Lehrgang mit Jungarbeiterinnen	216
Barbara Beier: Behinderte und ihre Angehörigen. Eine Zielgruppe in der Volkshochschularbeit	227
Irene Kehler: Wozu Weiterbildung für Ältere und über das Älterwerden?	233
Renate Heinz-Sadrozinski und Ilka Riemann: Entwicklung und Ablauf eines Curriculums für Erzieher	242
BERICHTE — DOKUMENTE — KOMMENTARE Kulturelles Angebot für ausländische Arbeitnehmer	259
KRITIK	265

---

Dieser Nummer liegt ein Prospekt des Manz-Verlages, München, bei; wir empfehlen ihn der Aufmerksamkeit unserer Leser.

---

Herausgegeben vom Vorstand des Hessischen Volkshochschulverbandes.  
Verleger: Hessischer Volkshochschulverband, 6 Frankfurt 1, Winterbachstraße 38.  
Verantwortlicher Redakteur: Alfred Degen.  
Redaktion: Prof. Dr. Günther Böhme, Dr. Ingeborg Horn-Staiger, Prof. Dr. Gerd Kadelbach, Martin van de Rakt, Magdalene Reka, Hermann Schick, Prof. Dr. Johannes Weinberg, Frankfurt am Main, Winterbachstraße 38, Telefon 06 11 - 56 20 41 - 5.  
Verkaufspreis für Mitglieder des Hessischen Volkshochschulverbandes (außerhalb der kostenlosen Schlüsselzuweisung) 12 Mark im Jahr; Verkaufspreis für Nichtmitglieder im Jahr 14 Mark.  
Die mit Namen oder Buchstaben gekennzeichneten Beiträge geben die Meinung des Verfassers und nicht unbedingt die der Redaktion oder des Herausgebers wieder.  
Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 7 gültig.  
Druck: Hugo Haßmüller, 6 Frankfurt 56, Berner Straße 12.

## Zielgruppenarbeit

„Zielgruppenarbeit“ an Volkshochschulen war bisher noch nicht Thema der Hessischen Blätter für Volksbildung. Sicher wurden schon Artikel oder ganze Hefte der einen oder anderen Zielgruppe gewidmet, es sei nur auf die Hefte „Arbeiterbildung“ (2/73), „Lernen in der zweiten Lebenshälfte“ (3/72) und „Jugend“ (4/68) verwiesen.

Zur Zielgruppenarbeit aber wurde noch wenig Begründendes geschrieben — oder wenig Theoretisches veröffentlicht, was in direktem Zusammenhang mit Zielgruppenarbeit zu bringen wäre. Mit diesem Heft soll nun ein Anfang gemacht werden. Wir veröffentlichen verschiedene Berichte aus der Praxis der Volkshochschulen und der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit und bringen drei theoretische Begründungen dazu, zugleich den *Versuch* einer Perspektive für die Volkshochschularbeit. Wir wollen dies ausdrücklich betonen — und zwar aus zwei Gründen.

Erstens: Der Beginn einer intensiveren Planung von Volkshochschulprojekten zur Integration beruflicher und politischer Bildung und damit einhergehend die Bemühung der Volkshochschulen um Gruppen „der Bevölkerung, die in ihrer überwiegenden Mehrheit abhängiger Erwerbstätigkeit nachgeht“, kann nur der Beginn — oder der Neubeginn — von Zielgruppenarbeit sein. Das wiederum hat notwendig zur Folge, daß „Abschließendes“ nicht gesagt werden kann. Aber gerade die Pluralität der Meinungen, auf die der Redaktionsvorbehalt (Impressum: 2. Umschlagseite!) voll zutrifft, wird die Diskussion voranbringen.

Zweitens: Im Juni wurde das Hessische Erwachsenenbildungsgesetz verabschiedet; die Volkshochschulen und ihre Mitarbeiter werden sich mit diesem Gesetz und allen seinen möglichen Folgen für die Volkshochschulen zu beschäftigen haben. Das vorliegende Heft soll diesem Zweck noch nicht dienen.

Das nächste Heft wird weitere Berichte zur Zielgruppenarbeit bringen — und den Abdruck des Erwachsenenbildungsgesetzes nebst ausführlichen Kommentaren.

Alfred Degen

D 3714 F

# Hessische Blätter für Volksbildung

FRANKFURT A. M. · OKTOBER · NOVEMBER · DEZEMBER

4 | 1974

INHALTSVERZEICHNIS

Alois Brandenburg: Alter und Lernleistung	Seite 277
Anita Breithaupt: Weiterbildungsprobleme berufstätiger Frauen	293
Angelika Ruge-Schatz: Erwachsenenbildung im Strafvollzug	297
Wilhelm Frenz: Zertifikatskurse für politische Bildung?	300
BERICHTE AUS DER PRAXIS	
Ahmad Marandi: Hausaufgabenhilfe für ausländische Kinder	313
Heinz Reiske: US-Amerikaner in Hessen	317
UNIVERSITÄRE ERWACHSENENBILDUNG	
Ingeborg Horn-Staiger: Die gesellschaftliche Funktion der öffentlichen Erwachsenenbildung am Beispiel berufsbezogener Bildung	319
BERICHTE — KOMMENTARE — DOKUMENTE	
Drei neue hessische Gesetze zu Bildungsfragen	328
Siegfried Dörrfeldt: Das Hessische Erwachsenenbildungsgesetz	342
Redaktionsstatut der Hessischen Blätter für Volksbildung	360
NACHRICHTEN	363
KRITIK	372

Dieser Nummer liegt ein Prospekt des Beamtenheimstättenwerks BHW bei. Wir empfehlen ihn der Aufmerksamkeit unserer Leser.

Herausgegeben vom Vorstand des Hessischen Volkshochschulverbandes.  
Verleger: Hessischer Volkshochschulverband, 6 Frankfurt 1, Winterbachstraße 38.  
Verantwortlicher Redakteur: Alfred Degen.  
Redaktion: Prof. Dr. Günther Böhme, Alfred Degen, Dr. Ingeborg Horn-Staiger, Prof. Dr. Gerd Kadelbach, Martin van de Rakt, Magdalena Reka, Hermann Schick, Prof. Dr. Johannes Weinberg, Frankfurt am Main, Winterbachstraße 38, Telefon 06 11 - 56 20 41 - 5.  
Verkaufspreis für Mitglieder des Hessischen Volkshochschulverbandes (außerhalb der kostenlosen Schlüsselzuweisung) 12 Mark im Jahr; Verkaufspreis für Nichtmitglieder im Jahr 14 Mark.  
Die mit Namen oder Buchstaben gekennzeichneten Beiträge geben die Meinung des Verfassers und nicht unbedingt die der Redaktion oder des Herausgebers wieder.  
Zur Zeit ist die Anzeigenpreislite Nr. 7 gültig.  
Druck: Hugo Haßmüller, 6 Frankfurt 56, Berner Straße 12.  
Ab 1. 1. 1975 neue Anzeigen- und Abonnementspreise !

## Alter und Lernleistung

### Bestimmungsgründe des Lernverhaltens im Erwachsenenalter

Alois G. Brandenburg

„Das Wissen, das die Menschen vor ihrem 25. Lebensjahr erwerben, ist praktisch das einzige Wissen, das sie außerhalb ihrer Berufsarbeit im Leben besitzen. Sie können sich nichts Neues mehr aneignen. Der Trieb nach Erkenntnis um ihrer selbst willen ist nicht erloschen, die geistigen Kanäle und Behälter sind angefüllt, die Assimilationskraft ist verlorengegangen.“<sup>1)</sup>

Mit diesen Worten hat der amerikanische Psychologe W. James vor mehr als 40 Jahren umrissen, wie er die Fähigkeit und Motivation Erwachsener, sich neues Wissen anzueignen, einschätzt. James' Formulierung kennzeichnet in definitiver und pauschaler Form eine Auffassung, die in ähnlicher und meist allerdings stärker differenzierender Weise immer wieder in der Psychologie vertreten worden ist. Doch schon zu James Zeiten waren die Fachgelehrten sich in dieser Frage keineswegs einig. Bei Thorndike, der zusammen mit seinen Mitarbeitern bereits 1928 886 Erwachsene in verschiedenen Unterrichtsfächern testete, heißt es, der Fortschritt der 30 Jahre und darüber alten Schüler (bis 45) sei beträchtlich größer als derjenige der bis 16 Jahre alten, ebenso groß wie der der 25 bis 29 Jahre alten und etwas geringer als der der 20 bis 24 Jahre alten Schüler.<sup>2)</sup>

In dieser Feststellung, die, ebenso wie die zuerst zitierte von der Untersuchung einzelner Lernvorgänge auf die Lernfähigkeit verschieden alter Gruppen überhaupt schließt, wird festgestellt, daß die Lernleistung jenseits der 30 kaum abfällt. Thorndike behauptet sogar, daß bis zum 50. Lebensjahr fast alles erlernbar ist.

Zwei Behauptungen, hinter denen sich verschiedene Betrachtungsweisen und Modellvorstellungen verbergen! Wie sich das Lernverhalten mit zunehmendem Alter verändert und warum, diese Frage zu klären, wollen die folgenden Ausführungen einen Beitrag liefern.

Die Auffassung, die Lernfähigkeit eines Menschen nehme von einem bestimmten Zeitpunkt an ständig ab, ist nicht nur unter Wissenschaftlern verbreitet. Wissen-